



Pressemitteilung

Frau Steck

Telefon 0711 / 224 62-18

Telefax: 0711 / 224 62-23

E-Mail: steck@landkreistag-bw.de

Alle Pressemitteilungen und mehr unter:

www.landkreistag-bw.de

Stuttgart, den 04.01.2018

Landkreistag befürwortet neue Auswahlkriterien bei der Vergabe von Medizin- studienplätzen

Landkreistagspräsident Walter: "Außerdem muss das Land die Zahl der Medizin- studienplätze um mindestens zehn Prozent erhöhen!"

Bund und Länder müssen bis Ende 2019 das Zulassungsverfahren für das Medizinstudium neu regeln. Dies hat das Bundesverfassungsgericht kurz vor Weihnachten entschieden. Hierzu erklärte der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter (Tübingen), am 04. Januar 2018 in Stuttgart: „Neben der Abiturnote sollten bei der Vergabe von Medizinstudienplätzen künftig auch sozial-kommunikative Kompetenzen, einschlägige Berufserfahrung sowie eine besondere Motivation für das Medizinstudium berücksichtigt werden. Dadurch lässt sich die Qualität der ärztlichen Versorgung noch weiter verbessern. Darüber hinaus können diese zusätzlichen Auswahlkriterien dazu beitragen, dass fertige Mediziner tatsächlich in der Patientenversorgung und nicht in versorgungsfernen Bereichen tätig werden. In Zeiten eines bedrohlich zunehmenden Ärztemangels ist dies besonders wichtig.“

„Allerdings genügt es nicht, das Zulassungsverfahren lediglich nachzujustieren, um wieder mehr Ärzte in die unmittelbare Patientenversorgung zu bringen. Zusätzlich muss die Zahl der baden-württembergischen Medizinstudienplätze zwingend um mindestens zehn Prozent erhöht wer-

den“, betonte Landkreistagspräsident Walter. „In einer Gesellschaft, in der die Menschen zum Glück immer älter werden, braucht es zwangsläufig mehr Ärztinnen und Ärzte. Bislang ist unser wiederholter Appell in Richtung der Landesregierung und des Landtags ungehört geblieben, das Studienplatzangebot an den medizinischen Fakultäten des Landes auszubauen. Ich würde mir für das neue Jahr wünschen, dass der durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ausgelöste Handlungsdruck auch beim Ausbau der Studienplatzkapazitäten im Fach Humanmedizin für Bewegung sorgt. Das Land steht in der Pflicht, das Angebot an Medizinstudienplätzen mit dem objektiven Bedarf in Einklang zu bringen“, erklärte Joachim Walter.